

Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (Nachtrag IPV)

Von diesem Geschäft tangierte Erlasse (GDB Nummern)

Neu: –
 Geändert: **851.1**
 Aufgehoben: –

Geltendes Recht	Vorlage des Regierungsrats vom 14. Januar 2025	Notizen
	Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (EG KVG)	
	<i>Der Kantonsrat des Kantons Obwalden beschliesst:</i>	
	I.	
	Der Erlass GDB <u>851.1</u> (Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz [EG KVG] vom 28. Januar 1999) (Stand 1. Januar 2022) wird wie folgt geändert:	
<p>Art. 2 Anspruch und Finanzierung der Prämienverbilligung</p> <p>¹ Ein Anspruch auf Prämienverbilligung besteht, soweit die kantonalen Richtprämien der obligatorischen Krankenpflegegrundversicherung den Selbstbehalt gemäss Absatz 2 übersteigen und die Voraussetzungen gemäss Art. 7 der Verordnung zum Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz (V zum EG KVG)¹⁾ erfüllt sind.</p>		

¹⁾ GDB 851.11

Geltendes Recht	Vorlage des Regierungsrats vom 14. Januar 2025	Notizen
<p>² Der Selbstbehalt entspricht einem bestimmten Prozentsatz des anrechenbaren Einkommens. Der Prozentsatz verläuft linear und steigt ab einer bestimmten Grenze des anrechenbaren Einkommens an (linear-progressives System). Er wird vom Kantonsrat jährlich durch Kantonsratsbeschluss abschliessend festgelegt.</p> <p>³ Für untere und mittlere Einkommen werden die kantonalen Richtprämien von Kindern um mindestens 80 Prozent und von jungen Erwachsenen in Ausbildung um mindestens 50 Prozent gemäss Art. 7 Abs. 3 und 4 V zum EG KVG verbilligt (Mindestanspruch).</p> <p>⁴ Der in das Budget aufzunehmende Kantonsbeitrag entspricht mindestens 8,5 Prozent der Prämienkosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung des Kantons Obwalden.</p> <p>⁵ Die Prämienverbilligung darf, vorbehaltlich bundesrechtlicher Vorgaben, die im Anspruchsjahr geschuldeten Prämien für die obligatorische Krankenpflegeversicherung nicht übersteigen.</p>	<p>² Der Selbstbehalt entspricht einem bestimmten Prozentsatz des anrechenbaren Einkommens <u>und beträgt zwischen 9,0 und 11,5 Prozent</u>. Der Prozentsatz verläuft linear und steigt ab einer bestimmten Grenze des anrechenbaren Einkommens an (linear-progressives System). Er wird vom Kantonsrat jährlich durch Kantonsratsbeschluss abschliessend <u>Regierungsrat jeweils im Vorjahr</u> festgelegt.</p> <p>⁴ <i>Aufgehoben</i></p>	
	<p>Art. 7a Evaluation</p> <p>¹ Der Regierungsrat legt dem Kantonsrat nach Ablauf von vier Jahren seit Aufhebung von Art. 2 Abs. 4 dieses Gesetzes einen Evaluationsbericht vor und beantragt allfällige Massnahmen.</p>	
	II.	
	<i>Keine Fremdänderungen.</i>	
	III.	
	<i>Keine Fremdaufhebungen.</i>	

Geltendes Recht	Vorlage des Regierungsrats vom 14. Januar 2025	Notizen
	IV.	
	Der Regierungsrat bestimmt, wann dieser Nachtrag in Kraft tritt. Er unterliegt dem fakultativen Referendum.	
	Sarnen, ... Im Namen des Kantonsrats: Der Ratspräsident: Der Ratssekretär:	